



## Protokoll der Informations- und Netzwerktagung 2022

---

### ***Was die Demokratie aus der Unsicherheit in der Welt lernen muss – und was die Politik tun kann***

|                        |   |
|------------------------|---|
| <b>Datum</b>           | 28. Oktober 2022  |
| <b>Ort</b>             | Casino Bern / Bernapark Deisswil  |
| <b>Anwesend:</b>       | <p><b>Kanton Aargau:</b> Maya Bally, Carole Binder-Meury, Markus Dietschi, Andreas Fischer, Gertrud Häseli, Mirjam Kosch (2. Grossratspräsidentin), Markus Lang, Sander Mallien</p> <p><b>Kanton Basel-Landschaft:</b> Andreas Bammatter, Peter Brodbeck, Christoph Hänggi, Andrea Heger-Weber, Heinz Lerf, Bianca Maag-Streit, Lucia Mikeler Knaack (Landratspräsidentin), Béatrix von Sury d'Aspremont, Ursula Wyss Thanei</p> <p><b>Kanton Basel-Stadt:</b> Catherine Alioth (Mitglied Büro Grosser Rat), Tim Cuénod, Joël Thüring (Mitglied Büro Grosser Rat)</p> <p><b>Kanton Bern:</b> Madeleine Amstutz, Christine Blum, Anna de Quervain, Karin Fisli, Christoph Grupp, Nadja Günthör, Anita Herren-Brauen, Margrit Junker Burkhard, Ursula Marti, Andreas Mühlemann, Bänz Müller, Sibylle Plüss, Francesco Rappa, Sarah Gabi Schönenberger, Walter Schilt (IPK-Präsident), Martin Schlup (Grossratspräsident), Hanspeter Steiner, Bruno Vanoni</p> <p><b>Kanton Solothurn:</b> Kuno Gasser, Nadine Vögeli (Kantonsratspräsidentin)</p> <p>Brigitte Favre (Präsidentin Parlament Kanton Jura), Michelle Lachenmeier (alt Grossrätin Basel-Stadt/IPK-Mitglied), Rahel Ommerli (Leiterin Parlamentsdienst Grosser Rat Kanton Aargau), Claudia Himmelreich, Aline Oberer (Parlamentsdienst Bern), Patrick Trees (Leiter Parlamentsdienst Bern)</p> |
| <b>Referent(inn)en</b> | <p>Stefanie Bailer, Professorin Fachbereich Politikwissenschaft Universität Basel</p> <p>Martina Gmür, Verwaltungsratspräsidentin Schweizerische Rheinhäfen</p> <p>Ludwig Hasler, Philosoph und Publizist</p> <p>Hans-Ulrich Müller, Verwaltungsratspräsident und Inhaber Bernapark</p>   |
| <b>Musik</b>           | Res Marti und Gebrüder Schmid   |
| <b>Moderation</b>      | Lisa Stalder  |
| <b>Protokoll</b>       | Georg Schmidt   |
| <b>Beilage</b>         | Foliensatz  |

## Traktandenliste

Musikalische Eröffnung durch **Res Schmid und Gebrüder Marti**

Grussbotschaft von **Martin Schlup**, Präsident des Grossen Rats des Kantons Bern

Begrüssung und Einleitung durch **Walter Schilt**, Grossrat des Kantons Bern, Präsident der IPK Nordwestschweiz

Einführung ins Thema durch **Lisa Stalder**

*Krise und Komplexität: zu den Herausforderungen von Parlamentarier\*innen im 21. Jahrhundert*  
**Stefanie Bailer**, Professorin Fachbereich Politikwissenschaft Universität Basel

*Der Zwang zur Flexibilität ist nicht gratis zu haben*

**Martina Gmür**, Verwaltungsratspräsidentin Schweizerische Rheinhäfen

*Was die Krise mit uns macht*

**Ludwig Hasler**, Publizist

Input von **Hans-Ulrich Müller** zum Bernapark

Information zur Änderung der IPK-Vereinbarung (Jura-Beitritt)/ Schlusswort des Präsidenten  
Stehlunch

Transfer nach Deisswil, Besichtigung des Bernaparks

## Musikalischer Auftakt

**Res Schmid und die Gebrüder Marti** eröffnen die Tagung mit einigen volkstümlichen Stücken. *[Applaus]*

\*\*\*\*\*

## Grussbotschaft von **Martin Schlup**, Grossratspräsident des Kantons Bern

Es ist **Martin Schlup** eine grosse Freude, die Anwesenden im wunderschönen Bern und in einem wunderschönen Saal zur Informationstagung 2022 der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz begrüessen zu dürfen. Die IPK versammelt sich aus zwei Gründen im Casino: Weil der Grosse Rat des Kantons Bern in diesem und im nächsten Jahr die IPK präsidiert – und weil der Stadtrat der Stadt Bern heute seine Budgetdebatte im Rathaus durchführt. Da wollte man ihn natürlich nicht stören, denn die Diskussionen dürften sehr angeregt sein, wie sich die Anwesenden sicher vorstellen können. Im nächsten Jahr wird die IPK dann im Rathaus empfangen werden.

Der Kanton Bern an der Grenze zwischen der Deutsch- und der Westschweiz wird oft als Brückenkanton bezeichnet – er ist charakterisiert durch die Alpen, das Mittelland, das Seeland, den Berner Jura, das Emmental und das Oberaargau. Mit 4274 Metern über Meer ist das Finsteraarhorn der höchste Punkt im Kanton; 401 Meter über Meer verlässt die Aare den Kanton. Vielleicht kann man beim Stehlunch – bei diesem schönen Wetter – Eiger, Mönch und Jungfrau sehen.

Der Redner möchte Walter Schilt und der IPK-Arbeitsgruppe für das interessante Programm danken, das sie zusammengestellt haben. Aktueller könnte das Thema «Was eine demokratische Gesellschaft aus der Unsicherheit in der Welt lernen muss – und was die Politik tun kann» nicht sein. Seit fast drei Jahren hat dieser Titel seine Richtigkeit; zuvor hatte man relativ gute Zeiten.

Der Grosse Rat des Kantons Bern hat bereits im Juni 2022 erste Änderungen seiner gesetzlichen Grundlagen in Kraft gesetzt und dadurch die Durchhaltetätigkeit des Parlaments in Krisenzeiten massiv erhöht. Gegenwärtig ist er an der Ausarbeitung weiter reichender Anpassungen auf Verfassungs- und Gesetzesebene, um das

Parlament gegenüber Regierung und Verwaltung zu stärken. «Krisenzeiten sind Exekutivzeiten», hat Ständerat Andrea Caroni treffend vermerkt, um daraus ebenso richtig zu schliessen, dass sich die Parlamente so aufzustellen haben, damit sie auch in Krisenzeiten ihre Funktionen, namentlich in der Gesetzgebung und der Oberaufsicht, wahrnehmen können. Darum darf man gespannt sein auf die Referate und die sicher sehr angeregten Diskussionen.

Kurz sollen noch Interna der IPK angesprochen werden: Sie hat eine Revision der interkantonalen Vereinbarung aufgelegt und dabei auch einen Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit der verschiedenen interparlamentarischen Gremien, namentlich mit der Interparlamentarischen Legislativkonferenz (ILK), gelegt. Den Worten müssen nun Taten folgen und man darf gespannt sein, wie sich diese engere Zusammenarbeit konkretisieren lässt. Weiter wird bald auch der Kanton Jura Mitglied der IPK Nordwestschweiz werden, was als wichtiger und richtiger Schritt der Öffnung in Richtung Westschweiz sehr begrüsst wird.

An dieser Stelle soll auch Claudia Himmelreich von den Parlamentsdiensten des Berner Grossen Rates gedankt werden für die ganze Logistik und die Sorge um das leibliche und das allgemeine Wohl der Teilnehmenden. *[Applaus]*

\*\*\*\*\*

## Begrüssung und Einleitung durch **Walter Schilt**, Mitglied des Grossen Rats des Kantons Bern, Präsident der IPK Nordwestschweiz

**Walter Schilt** lässt einige Slogans der jüngeren Vergangenheit Revue passieren: «Halten Sie Abstand!», «duschen Sie gemeinsam!», «lassen Sie sich impfen!», «kaufen Sie Kerzen und Holz!», «sparen Sie Energie!». Diese sicher berechtigten, aber sehr kontroversen Aufrufe von prominenter Stelle spiegeln Unsicherheit, Angst, politischen Aktivismus und einen Vertrauensverlust oder gar Hoffnungslosigkeit. Es ist zu hoffen, dass die Tagung heute mindestens ansatzweise einige Antworten gibt auf solche Wortmeldungen. Mit dem bereits zitierten Titel der Tagung sollen alle Teilnehmenden herzlich begrüsst werden. Wie der Grossratspräsident es ebenfalls bereits gesagt hat: Die Anwesenden werden in diesem ehrwürdigen Gebäude in der

Mutzen-Stadt mit Blick aufs Bundeshaus willkommen geheissen. Fühlen Sie sich wohl!

Zum Thema «Was die Demokratie aus der Unsicherheit in der Welt lernen muss – und was die Politik tun kann» (und hoffentlich nicht bloss «tun könnte»): Die Vorbereitungsgruppe der IPK mit Vertretungen aus Basel-Stadt, Baselland, Aargau, Solothurn und Bern hat sehr intensiv am Gerüst des heutigen Programms gearbeitet und viel Denkarbeit geleistet. Heute soll dieser Rahmen mit Inhalten gefüllt werden. Das Credo des Redners für die IPKK lautet: von einander lernen. Die Tagung soll denn auch das Vehikel sein für wichtige Informationen für alle Kantone gemäss der gültigen Vereinbarung.

Die Begrüssung ist aber noch nicht beendet: Die Grüsse gehen vorallem an Nadine Vögeli, Kantonsratspräsidentin Solothurn, an die Baselbieter Landratspräsidentin Lucia Mikeler Knaack, an Catherine Alioth und Joël Thüring als Vertretung des Büros des Grossen Rats Basel-Stadt, an Mirjam Kosch als 2. Vizepräsidentin des Aargauer Grossen Rats – wie auch an die Präsidentin des Parlaments des Kantons Jura, Brigitte Favre. Zu begrüssen sind auch die Referentinnen und Referenten – ein Dank geht bereits jetzt an sie, dass sie mit ihren exklusiven Referaten Informationen und neueste Erkenntnisse in der rubrizierten Thematik aus den Feldern der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft präsentieren – bevor dann am Nachmittag das Öko-System Bernapark von Hans-Ulrich Müller besichtigt werden kann. Die Referentinnen und Referenten werden von der bewährten Moderatorin Lisa Stalder eingeführt.

Im Gegensatz zum Saal im Rathaus haben die Zuhörerinnen und Zuhörer hier kein Pult, wo sie ihren Laptop hinstellen können. Das ist auch nicht nötig: Der Anlass wird so spannend, dass niemand auf die Idee kommen wird, seine Mails zu beantworten.

Das Nachmittagsprogramm wird verdankenswerterweise von Hans-Ulrich Müller, dem Initianten und Besitzer des Bernaparks, bestritten. Er ist ein begnadeter Visionär und Macher. Es knüpft im weitesten Sinne am letztjährigen Tagungsthema, den «Herausforderungen der Demografie», an: Wer das zukunftssträchtige Projekt – das Öko-System Bernapark, wie Müller zu sagen pflegt – noch nicht kennt, darf auch trotz aktiver Nicht-Anmeldung mitkommen. Es ist sehr interessant, diese alte Kartonfabrik in Deisswil heute zu sehen – es ist ein schweizweit einmaliges Projekt, dessen Vision zu einem grossen Teil bereits umgesetzt ist.

Ein Wort schliesslich zu den Musikanten: Es ist nicht ganz üblich, dass am Morgen musiziert wird. Man darf aber dieses Element bei solchen Veranstaltungen nicht unterschätzen. Der Blick auf die vielen griesgrämigen Gesichter, die am Morgen in der S-Bahn auf ihre Laptops blicken, lässt erkennen: Das Spiel von Res Schmid und den Gebrüdern Marti – sie sind seit 40 Jahren gemeinsam unterwegs – wird die Herzen mindestens etwas berühren können und die Anwesenden auf die kommenden Referate einstimmen – und ihre Aufnahmefähigkeit für diesen Tag vorbereiten. Mit der Musik sollen alle Sinne wach gerüttelt und angesprochen werden – und so auch ein Mehrwert für die Politik generiert werden. Eine Prise fein vorgetragener Musik ist hierfür das richtige Vehikel. Die Musiker sind Virtuosen und haben Geschichte geschrieben. *[Applaus]*

*[Die Musiker erhalten nach ihrem Spiel von Karin Fisli ein Präsent.]*

\*\*\*\*\*

## Einführung ins Thema durch die Moderatorin **Lisa Stalder**

Für **Lisa Stalder** ist es nach dem musikalischen Intro kaum übertrieben zu sagen, dass jetzt wach ist, wer zuvor noch etwas müde war – vielen Dank für diesen Auftakt.

Der Berner Grosse Rat hat sich vor rund 20 Jahren mit dem Berner Marsch, der eben zu hören war, befasst. Es ging um einen Vorstoss, wonach man den «martialischen» Text abändern solle. Das wurde aber abgelehnt. Der Regierungsrat fühlte sich aber auch gar nicht zuständig: Er könne nichts machen, weil es sich nicht um eine offizielle Hymne handle.

Damit zurück zum Thema: Auch die Rednerin heisst die Anwesenden herzlich willkommen zur Tagung der IPK. Man ist hier in einem Haus, das 1909 eröffnet wurde. Seither wird die Kultur und Gesellschaft hier in jeder Facette gelebt – sei es bei einem Klavierkonzert, sei es bei einem Unplugged-Konzert. Das Haus hat auch vier Restaurants. Hier werden aber seit jeher auch demokratiepolitische Akzente gesetzt. Damit sind nicht nur die angeregten Gespräche an der Bar oder in der Konzertpause gemeint. Es finden auch immer wieder Grossratspräsidentenfeiern unter diesem Dach statt. Gemeint ist aber in erster Linie, dass ein Victor Giacobbo mit Gästen am Polit-Tisch (in diesem Saal) genüsslich in

der Bundespolitik stochert. Es ist aber auch an den früheren deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck zu denken, der vor wenigen Monaten hier zur «Zukunft der Demokratie» gesprochen hat. Ein Satz ist der Rednerin in Erinnerung geblieben: «Freiheit, Demokratie und Toleranz sind gerade in unruhigen Zeiten wesentlich.»

Die Tagung reiht sich also gut in diesen Kontext ein, weil es ja auch um die Demokratie in stürmischen und unsicheren Zeiten geht. Wie kann man die Demokratie in unsicheren Zeiten, wenn der Zusammenhalt der Gesellschaft ins Schwanken kommt, schützen? Wie gehen Parlamente mit Krisen und Angriffen auf die Grundwerte der Demokratie um? Welches sind ihre Möglichkeiten? Wo stossen sie an Grenzen? Welche Anpassungen der politischen Arbeit und der ökonomischen Strukturen sind nötig, damit man in die Zukunft gehen kann? Welche Rolle spielt die Wirtschaft? Und: Was kann man selber machen, um die Demokratie zu festigen? Solche Fragen sollen hier diskutiert und möglichst auch beantwortet werden. Dafür wurden Referentinnen und Referenten eingeladen, welche das Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchten. [Applaus]

\*\*\*\*\*

**Stefanie Bailer**, Professorin Fachbereich Politikwissenschaft Universität Basel: Krise und Komplexität: zu den Herausforderungen von Parlamentarier\*innen im 21. Jahrhundert

*Ergänzende Protokollierung zur Folien-Präsentation (Folien 6 bis 27)*

**Stefanie Bailer** wird einige Gedanken referieren, die sich in den letzten 20 Jahren durch die Forschung ergeben haben. Die Rednerin hat während des Studiums als Assistentin einer Europa-Parlamentarierin in Strassburg zu arbeiten begonnen (Bürgeranfragen, Reden). Diese Erfahrungen konnten im Studium und in der Postdoc-Phase in verschiedenen Projekten (etwa Umfragen unter Parlamentarierinnen und Parlamentariern in D, CH und Europa) genutzt werden. Einige Beobachtungen sollen hier vorgestellt werden.

#### Folie 7

Die angeführte Aussage des Entscheidungsforschers Herbert Simon mag den Idealfall darstellen – im täglichen politischen Geschäft müssen

die Entscheidungen aber schnell getroffen werden, wobei es nicht immer einfach ist, die richtigen Informationsquellen zu finden. Diese Frage – sind die Parlamentarierinnen und Parlamentarier tatsächlich schlecht informiert und kann man etwas dagegen tun? – soll hier beleuchtet werden.

#### Folie 8

Das Vertrauen in die Politik ist in der Schweiz grösser als in den beiden anderen Ländern; wenn auch auf einem ebenfalls relativ tiefen Niveau. Das Vertrauen in die Politik ist in Westeuropa tiefer als in nicht-gewählte Institution wie Gerichte oder Polizei. Das ist durchaus beunruhigend. Der Nationalfonds hat aber kürzlich Gelder zur Verfügung gestellt, um diese Thematik intensiver zu untersuchen.

#### Folie 10

Es war für die Parlamente in der intensiven Corona-Krise, als Wissen nochmals dringlicher und schwieriger zu erlangen war, nicht einfach, gute Entscheidungen zu treffen und ihre demokratische Legitimität zu gewährleisten.

#### Folie 11

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse erfordern ein ständiges Update des Wissensstandes – etwa in der Gentechnik, die deutlich weiter gekommen ist. Das ist anspruchsvoll – auch weil die Politik daneben immer noch ausreichend mit den Wählern Kontakt halten muss. Das ist diesen am wichtigsten (wie jüngst eine Umfrage gezeigt hat – die Gesetzesarbeit kam an zweiter Stelle).

#### Folien 12 und 13

Das Muster – ein Anstieg der sozial- und umweltpolitischen Massnahmen – sieht in allen Ländern gleich aus. Die y-Skala ist aber im zweiten Themenfeld viel ausgeprägter (vier- statt dreistellig).

#### Folie 14

Es ist aber nicht so, wie man auf der eher liberalen Seite vermuten könnte, dass regelwütige Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihre Gesetzgebungen für wichtig halten und darum vorantreiben – eine globale Umfrage zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger in verschiedenen Bereichen ein Bedürfnis nach solchen Regulierungen artikulieren. 90 bis 100 % der Befragten wollen etwa, dass die Regierung im Gesundheitsbereich mehr tut. Die Politik reagiert also auf die Bedürfnisse der Bevölkerung.

#### Folie 15

Punkte evidenzbasierter Politikgestaltung wären Methoden und Instrumente zu diskutieren, um es den Parlamentarierinnen und Parlamentariern auf Kantons- und nationaler Ebene zu erleichtern, den Stand der Wissenschaft abzurufen. Sie können dann immer noch entscheiden, ob sie ihm folgen wollen.

#### Folie 17

Der Anstieg des Bildungsgrads der Nationalrätinnen und -räte verläuft parallel zur Entwicklung in der Bevölkerung. Im internationalen Bereich ist der Anteil der Akademikerinnen und Akademiker noch viel höher.

#### Folien 18 und 19

Zugleich aber sinkt der Anteil der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Parlamenten (bzw. im Nationalrat).

#### Folie 20

Die Politik verlangt vermehrt eine Spezialisierung; sie funktioniert aber auch arbeitsteilig. Die Mittel, um die Fragestellung auch auf Kantons-ebene zu erforschen, sind leider nicht vorhanden.

#### Folie 21

Die Ehrlichkeit der Antworten betreffend Überforderung war überraschend. Wenn man das Gefühl hat, man sei nicht gut informiert, aber trotzdem unter Zeitdruck entscheiden muss, ist dies nicht befriedigend.

#### Folie 22

Der Frage, wie man Abhilfe schaffen kann, ging eine Umfrage bei internationalen Parlamentarierinnen und Parlamentariern nach. Als vorläufiges Ergebnis kann man sagen, dass die angefragten Mitglieder des Bundestags etwas mehr als eine Stunde für den Kontakt mit der Wissenschaft aufwenden würden, wenn sie plötzlich einen zusätzlichen Tag aufwenden können. Das ist viel – und es zeigt, dass auch die (Vollzeit-)Parlamentarier dieses Bedürfnis nach Wissenstransfer haben; trotz der personellen Unterstützung durch persönliche Mitarbeiter. Wie muss sich da die Situation für Kantons- bzw. Milizparlamentarier präsentieren?

#### Folie 23

Die Antworten auf die Frage zur Wissenschaftsfreundlichkeit dürfen als positiv für die Wissenschaft erachtet werden. Man darf aber annehmen, dass der Prozentsatz bei der Frage betreffend Abweichung aus gesellschaftlichen Gründen (9 %) höher sein dürfte. In der Klimapolitik müsste man sinnvollerweise viel härtere Mass-

nahmen durchführen, was aber gesellschaftspolitisch gar nicht umsetzbar ist. Darum macht man ja oft diesen *Trade off* (was von den Politikerinnen und Politikern auch erwartet wird) – beispielsweise, indem die Schulen in der Schweiz viel kürzer geschlossen wurden als in Deutschland. Es werden also nicht nur der (nicht immer eindeutige) Stand der Wissenschaft, sondern auch andere Erwägungen einbezogen. Es müssen auch nicht alle Politikerinnen und Politiker der Wissenschaft folgen; es soll nur klar sein, was der Stand der Wissenschaft ist – und es sollte leichter werden, ihn abzurufen.

#### Folie 25

Die Wissenschaft wird gefördert – ihre Ergebnisse sollten aber auch abgerufen werden. Man muss aber die wissenschaftliche Expertise von Auftragsstudien unterscheiden, die von Interessengruppen erstellt werden und nicht dem wissenschaftlichen Begutachtungsprozess unterliegen. – Für eine wirksame Kontrolle der Exekutive braucht es einen guten Wissensstand; man wird zugleich unabhängiger von den Interessengruppen.

#### Folie 26

Der erwähnte Beirat wäre eine Art Royal Academy. Beim wissenschaftlichen Dienst des Bundestags können Fragen gestellt und damit der Stand der Forschung eingeholt werden. Die Chance, dass ein solches Gremium in der Schweiz beschlossen wird, ist aber als gering anzusehen, wenn man die vergangenen Debatten (Stärkung der Parlamentsdienste etc.) anschaut. Das Land ist hier traditionell sehr schwach ausgestattet. – Die Amtszeitbeschränkung erscheint etwas als Kuriosum, weil Expertise damit wieder verschwindet. Den Stimmbürgerinnen und -bürgern werden sehr komplexe Fragestellungen zugemutet; die Leute geben ihre Präferenzen bei den Abstimmungsentscheiden auch sehr gut informiert ab. Daher wäre es den Menschen auch zumutbar zu entscheiden, ob jemand zu lange im Amt ist. – Die Idee des Netzwerks stammt von der Swiss Academy. Die Rednerin erhält alle zwei Wochen einen Anruf von Journalisten zu bestimmten Fragen (Wahlalter 16 und Informationsgrad dieser Altersgruppe etc.) – warum sollten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier kein solches Netzwerk haben? *[Applaus]*

**Lisa Stalder** sagt, dass die Daten zum Vertrauen in die Politikerinnen und Politiker von 2018 stammten. In England wären sie letzte Woche wegen der Regierungskrise wohl tiefer ausgefallen. Wie wäre das in der Schweiz?

Die Schweiz hält sich noch ganz gut, sagt **Stefanie Bailer**, das Vertrauen sinkt aber generell. Man versucht jetzt mit dem genannten Forschungsprojekt zu erkennen, was die Gründe dafür sind. Wollen die Leute, dass die Parlamentarierinnen so aussehen wie sie – also jünger, weiblicher etc.? Das ist ein Ansatz. Das bedeutet aber nicht, dass die Politik deswegen automatisch besser wird. Und: Müssen sie diesem Bild entsprechend handeln? Corona mag generell gewisse Unsicherheiten hervorgerufen haben – die Werte kommen aber wieder auf einen ähnlichen Stand wie zuvor zurück.

Die Referentin hat gesagt, dass die Anforderungen gestiegen sind, so **Lisa Stalder**. Man könnte nun annehmen, dass dies abschreckend wirkt und viele Leute sich darum nicht als Kandidatin/Kandidat zur Verfügung stellen. In gewissen Orten ist aber das Gegenteil der Fall: Für die letzten kantonalen Wahlen in Bern haben sich so viele Leute wie nie zur Verfügung gestellt.

Das variiert, sagt **Stefanie Bailer**, die Berichte kennt, wonach es in manchen Gemeinden (just etwa in Baselland) keine Kandidaturen mehr gibt, die bereit sind, ihre Freizeit zu opfern. Das Milizsystem ist also etwas angegriffen. Es wird viel verlangt von den Milizpolitikerinnen und -politikern. Vielleicht liegt es in Bern auch an der Grösse des Parlaments, das mehr Support zur Verfügung stellt. Übertrieben gross dürfte die Nachfrage zum Kandidieren generell nicht sein (wie etwa das Beispiel der Grünen in Basel zeigt).

Es gibt also je nach Ebene Unterschiede, sagt **Lisa Stalder**.

**Miriam Kosch** (AG) gehört zur kleinen Gruppe der Spezies der Wissenschaftlerinnen, die politisch aktiv sind. Es wurde gesagt, dass es keine ausgeprägte Wissenschaftsfeindlichkeit gibt. Im Alltag ist eher eine Art Gleichgültigkeit gegenüber der Wissenschaft oder – böse gesagt – eine Ignoranz zu erleben. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse interessieren also nicht übermässig. Gibt es dazu Forschungen?

**Stefanie Bailer** war überrascht, wie gering die Wissenschaftlichkeitsfeindlichkeit bei der Befragung war. Es kann sein, dass teils nicht die

Wahrheit gesagt wurde. Man sieht ja zum Beispiel in AfD-Kreisen, dass die Wissenschaftsfreundlichkeit nicht hoch ist – was auch offen gesagt wird. Insgesamt besteht aber die Bereitschaft, der Wissenschaft zuzuhören – weil gut informierte Entscheidungen glücklicher machen und das Argumentarium besser wird. Die Haltung gegenüber der Wissenschaft variiert; schön wäre aber nicht zuletzt, wenn es einfacher wäre, den Stand der Forschung abzufragen. Dass eine zusätzliche freie Stunde für die Wissenschaft verwendet werden soll [Folie 22], ist doch üppig. Genauere Resultate der erwähnten Studie stehen noch aus; bei der Bereitschaft, sich Forschungsergebnisse anzusehen, sieht es aber nicht so schlecht aus.

**Andreas Bammatter** (BL) sagt, über die Amtszeitbeschränkung sei in Baselland abgestimmt worden – sie wurde beibehalten. Wenn man sich aber als Bisheriger aufstellen lässt, hat man gute Chancen, wieder gewählt zu werden. Hinter dem «bisher» steht aber nicht unbedingt das Argument der Expertise. Es scheint eher so, dass die Leute keinen Wechsel wollen. Und: Es gibt mehr und mehr Bestrebungen, dass man Wählerinnen und Wähler mobilisieren will und darum mehr Zusatzinformation (Videos, Erklärungen in einfacher Sprache etc.) zur Verfügung stellt. Man will die Leute also motivieren, muss sie aber auch informieren. Es gibt aber Leute, die sagen, die Dinge seien zu komplex, weshalb sie nicht mitmachen wollen. Die Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen ist ja auch nicht steigend: Meist ist man – ausser bei bestimmten Themen – unter 50 %. Wenn man dann noch einen knappen Entscheid hat, entscheiden 25 % der Bevölkerung, was 100 % machen müssen.

Die Schweiz ist dennoch eine Insel der Seligen, sagt **Stefanie Bailer**. Die Schweiz gehört zu den Top 10 der Nationen, die am zufriedensten mit ihrem politischen System sind. Diese Zufriedenheit mit der direkten Demokratie ist sehr ausgeprägt. Es ist natürlich befriedigend, alle drei Monate gefragt zu werden. Deshalb haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht ganz die Bedeutung wie anderswo. Darum ist andererseits die Wahlbeteiligung traditionell tiefer. Wenn man nur alle vier Jahre befragt wird, sollte man sich vielleicht doch zur Urne bewegen. Wenn man sich alle drei Monate zu Sachthemen äussern kann, ist es einfacher, auch mal abstinenter zu sein. Man müsste die Frage aber systematischer untersuchen.

Die Thematik der Amtszeitbegrenzung ist spannend – weil sie teils auch von Parteien verlangt wird, die sich ansonsten stark gegen die Quote wehren. Letztere ist ja auch ein aufgedrücktes Instrument, um ein Parlament diverser zu machen. Hier ist ein Widerspruch zu orten. Der Bürger oder die Bürgerin sollten aber selber entscheiden, ob sie eine Person nochmals delegieren wollen. Es ist aber richtig, dass man als Amtsinhaber einen Vorteil hat. Diese Beschränkung der Amtszeit mag vielleicht ein gutes Mittel sein, um Korruption und Nepotismus zu bekämpfen. Vielleicht gibt es aber andere Mittel hierfür – etwa mehr Transparenz bei Einkommen, Kampagnen oder Finanzierungsfragen.

**Bruno Vanoni** (BE) ist beim Einstieg ins Referat hängen geblieben. Die wissenschaftliche Erkenntniszunahme erhöht die Komplexität – gleichzeitig aber sollte man sich daran orientieren, ob man mit den Erkenntnissen einverstanden ist. Das ist nicht eben einfach – aus einem bestimmten Grund. Als Beispiel wurde die Gentechnik angesprochen, wo man neue Erkenntnisse würdigen und die Haltung allenfalls mit Blick auf die Welternährung überprüfen sollte. In diesem Bereich, so kann man feststellen, wurde massiv geforscht. Darum gibt es mehr Erkenntnisse. Bei der Biolandwirtschaft hingegen passiert relativ wenig – und entsprechend gibt es weniger Erkenntnisse. Man hat also die wissenschaftliche Erkenntnis in einem Bereich, der gesteuert oder fremd bestimmt ist. Ein anderes Beispiel – die relativ kurzen Schulschliessungen in der Schweiz während der Corona-Zeit wurden erwähnt. Dort wurden viele Entscheide gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse gefällt. Anfänglich waren es aber fast ausschliesslich epidemiologische Erkenntnisse. Was geschlossene Schule pädagogisch zur Folge haben, war (vielleicht zwangsläufig) viel weniger bekannt. Darum stand dieser Aspekt mehr im Hintergrund. – Der Redner orientiert sich gerne an der Wissenschaft. Sie ist aber nicht neutral bzw. in allen Bereichen so präsent, wie man es für fundierte Entscheidungen wünschen würde.

Das stimmt, sagt **Stefanie Bailer**. Ein Schritt wäre es eben, dass man es leichter machen könnte, den derzeitigen Stand zu präsentieren. Die Wissenschaft selber würde es attestieren, wenn fundierte Erkenntnisse noch fehlen. Wo geforscht wird, steuern aber auch die Politiker – was man etwa mit Blick auf anstehende Entscheide zur den nationalen Forschungsschwerpunkten sieht: Ist es dieses oder jenes Thema,

das zieht? Es ist ja auch eine politische Entscheidung, wo man mehr Erkenntnisse haben will. Da wird dann auch geforscht; weil man ja diese Gelder braucht. Komplette Verbiegen kann man sich deswegen nicht. Das Interesse steuert aber die Forschung. Wenn sie verstehen will, wie die Kommunikation der Politik und Social Media funktionieren, wird dort ein Schwerpunkt finanziert. Aber es ist etwas verwirrend. Der Wunsch wäre bloss, dass man es den Parlamentarierinnen und Parlamentariern leichter macht, den Forschungsstand abzurufen.

Zum Bildungsstand der 16- und 18-Jährigen etwa gibt es in Österreich viel Forschung. Man kann darum sagen, dass der Bildungsstand nicht verschieden ist. Man kann auch zeigen, dass die Wahlbeteiligung durch den Einbezug der 16-Jährigen steigt. Sie sind sehr stark sozialisiert und man bekommt sie stärker an die Urne, wo sie auch bleiben (weil wählen ein habituelles Gewohnheitsakt ist). Zu sagen ist aber auch, dass Österreich einen intensiven Polit-Unterricht kennt. Das müsste man in diesem Kontext sicher leisten. Wenn die Wissenschaft solche Informationen liefert, hat die Politik immer noch die Möglichkeit, sich dafür oder dagegen zu entscheiden. Der Einwand aber, dass nicht überall im gleichen Mass geforscht wird, ist richtig. Das geht aber auch auf politische Entscheidungen zurück.

**Tim Cuénod** (BS) interessiert betreffend des institutionalisierten Austausches Wissenschaft/Politik, über den auch im Grossen Rat diskutiert wird: Welche Erfahrungswerte bestehen hier? Und: Ist dieser Dialog in andern Ländern stärker ausgeprägt als in der Schweiz?

Dieser Dialog ist in anderen Ländern viel ausgeprägter, sagt **Stefanie Bailer**. In Grossbritannien gibt es die Royal Academy. In Deutschland gibt es die wissenschaftlichen Dienste im nationalen Bundsparlament, aber auch in den Landesparlamenten, die solche Ergebnisse zusammenstellen. Insgesamt ist der Politikbereich damit stärker ausgestattet. Wie gesagt: Das dürfte hier im Moment keine grossen Chancen haben. Man sollte darum mit einem Netzwerk anfangen. Es kann doch nicht sein, dass diese Professorinnen und Professoren der Politik nicht zur Verfügung stehen! Warum fängt man also nicht damit an? Etwa mit einer Telefonliste. Wenn die Journalisten das können – warum nicht auch die Parlamentarierinnen?

**Nadine Vögeli** (SO) spricht das Spannungsfeld an, in dem man sich in der Politik bewegt. Es



gibt wissenschaftliche Resultate, etwa zu Corona: Wenn man die Schulen offen lässt, stecken die Kinder ihre vielleicht gefährdeten Eltern oder Grosseltern an. Wenn man die Schulen schliesst, hat dies aber andere langfristige Auswirkungen. In diesem Spannungsfeld bewegt sich die Politik, ungeachtet, ob man wissenschafts-affin ist oder nicht – es gibt kein «richtig» oder «falsch». Die Frage ist, wie man etwas gewichtet. Eine Seite gewichtet das soziale Wohl oder die Bildung höher – die andere setzt mehr auf das Geld. Das ist dann eben die Diskussion, die man in den Parlamenten häufig führt. Manchmal fehlt aber in der Diskussion das Verständnis für die Gegenseite, die stärker auf Dinge fokussiert die man selber als *daneben* erachtet – obwohl sie aus dieser anderen Sichtweise ihre Berechtigung haben.

**Stefanie Bailer** stimmt vollkommen zu, dass es nicht «richtig» und «falsch» gibt. Bei Corona hatte man zudem eine Extremsituation, weil man sehr schnell neue Informationen sammeln musste, die sehr viele gesellschaftliche Bereiche betroffen haben. In anderen Situationen ist es einfacher. In der Frage etwa, wie man mehr Frauen in die Politik bekommt, ist der Stand der Forschung gut entwickelt. Man kann sagen, dass die Wählerinnen und Wähler Frauen wählen – man muss sie aber auf dem Wahlzettel in die richtigen Positionen bringen. Das ist nicht völlig neu. Eine Zeitlang gab es aber den Bedarf, dies zu wissen. Dort kann man diesen Stand der Forschung mit gutem Gewissen anbieten – was daraus gemacht wird, ist eine andere Sache. Die Parteien werden vielleicht keine Quote einführen, auch wenn man ihnen sagt, dass dies das effektivste Mittel ist. Man kann die Leute aber zumindest mit diesem Wissen konfrontieren.

**Madeleine Amstutz** (BE) hat noch nichts zur Bedeutung der politischen Parteien gehört. Wenn man den Medien glaubt, waren früher 10 % der Bürgerinnen und Bürger eingeschriebene Mitglieder – heute sind es noch 5 %. Es ist ein weites Feld. Dennoch: Wie steht es um deren Wichtigkeit – dies auch vor dem Hintergrund der teils schwierigen Kandidatensuche in den Gemeinden. Teils kennen diese gar keine Parteien, was die Sache nicht einfacher macht. Wenn es Parteien gibt, gibt es auch mehr Wettbewerb.

Das ist ein zentrales Problem, sagt **Stefanie Bailer**. Die Mitgliedschaften gehen europaweit hinunter, das ist kein Schweiz-spezifisches Problem. Diese sogenannte konventionelle Form

der politischen Partizipation ist nicht mehr so gefragt – im Gegensatz zu den kurzfristigeren Formen (wie Demonstrationen). Es ist eine generelle gesellschaftliche Entwicklung, dass sich die Leute lieber kurzfristig in Projekten als längerfristig engagieren. Das ist ein Problem, weil die Parteien eine zentrale Funktion einnehmen. Sie unterstützen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier und die politisch Interessierten, sie stellen Wissen zur Verfügung (vielleicht nicht genug). Methoden zu finden, wie man sie moderner macht und ihre Funktion trotzdem erhält – das ist zentral. Weil sie die Kandidaten ja auch *screenen* und die Extreme herausfiltern. Die These lautet, dass ein Trump in Europa nie passiert wäre, weil die Parteien stärker sind und intern die Leute sortieren. Sie erfüllen damit einen Schutzmechanismus. Die Parteien haben also eine wichtige Funktion, etwa indem sie Wissen oder Hintergrundmaterial zur Verfügung stellen – was es den Milizpolitikern einfacher macht, sich zu engagieren. Man könnte aber auch sagen, dass eine Stärkung der Parlamentsdienste sinnvoll sein könnte. Die genannten Aufgaben müssen nicht nur von den Parteien erfüllt werden.

\*\*\*\*\*

**Martina Gmür**, Verwaltungsratspräsidentin Schweizerische Rheinhäfen: Der Zwang zur Flexibilität ist nicht gratis zu haben

*Ergänzende Protokollierung zur Folien-Präsentation (Folien 28 bis 35)*

**Martina Gmür** will über die Herausforderungen und Bedürfnisse – aber auch die Antworten – der Wirtschaft und speziell der international tätigen KMU referieren. Dieser Fokus hat seinen Grund darin, dass die Schweiz zu den am stärksten international verflochtenen Volkswirtschaften gehört. Die Aussenwirtschaft ist heute – und auch in Zukunft – ein zentraler Pfeiler des Wohlstands. Einer von drei Franken wird im Aussenhandel erwirtschaftet, 42 % der Schweizer Exporte werden durch KMU erbracht – und sieben von zehn Beschäftigten sind in einem international tätigen KMU unterwegs. Diese internationale Vernetzung ist von den aktuellen geopolitischen, marktökonomischen oder wirt-

schaftlichen Entwicklungen und Auswirkungen am stärksten betroffen.

### Folie 30

Die Zeiten sind stürmisch – und sie bleiben es auch. Die Lage hat sich bei den Schweizer Unternehmen seit der Corona-Krise nicht unbedingt entspannt. Das Wirtschaften im In- und Ausland ist bereits in den letzten Jahren zunehmend komplexer geworden und hat auch zunehmend mehr (Planungs-)Unsicherheit erfahren. Das Navigieren in stürmischen Zeiten ist zum *Courant normal* des Wirtschaftens geworden. Die Gegenwart hat aber eine neue Windstärke erreicht, die einem Orkan gleichkommt. So vielen Unwägbarkeiten, die den Geschäftsbetrieb potenziell verlangsamen oder gefährden, sahen sich die Unternehmerinnen und Unternehmer schon lange nicht mehr gegenüber. Mit den geopolitischen Spannungen ist nicht nur der Ukraine-Krieg, sondern auch das gescheiterte Rahmenabkommen mit der EU gemeint – und ebenso der Handelskrieg zwischen den USA und China oder die Situation im Iran. Diese Verwerfungen beeinträchtigen die Verfügbarkeit von Energie, aber auch Rohstoffen und Vorprodukten. Zudem werden die Aufwertung des Frankens bzw. die Wechselkursentwicklung mit Sorge betrachtet.

### Folie 31

Die US-Wirtschaft leidet unter einer hohen Inflation und gestiegenen Zinsen – und in China ist die Konjunktur wegen der Covid-Politik, aber auch einer grassierenden Immobilienkrise abgekühlt. Last but not least droht den Euro-Ländern nebst einer grassierenden Inflation aufgrund der hohen Energiepreise auch eine Rezession.

Die gute Nachricht: Die Schweizer KMU sind krisenerprobt. Das haben sie in der Vergangenheit immer wieder gezeigt – man denke an den Franken-Schock von 2015 oder an die Pandemie, die von vielen Firmen doch sehr gut bewältigt werden konnte. Sie haben die Chance genutzt und sie sind entsprechend gut aufgestellt. Die jüngste Studie von SuisseExport und Raiffeisen zu diesem Thema bestätigt, dass 73 % der befragten KMU ihre aktuelle Situation immerhin als gut bewerten – nur 5 % sehen diese als schlecht oder sehr schlecht an.

Man hört aber von drei Themen, die immer wieder zu Diskussionen Anlass geben. Viele Betriebe der Maschinenbau-, aber auch der ICT- und neuerdings auch der Pharma/Chemie-Branche sehen sich einer schwierigen Beschaffungssi-

tuation gegenüber. Disruptionen in den globalen Wertschöpfungs- und Zuliefererketten sind immer noch an der Tagesordnung. Der Ukraine-Krieg und die rigide Corona-Politik in China und damit verbunden eine Rohstoff- und Energieknappheit verschärfen die Lage zunehmend. Ein kleines Motörchen, das aus China geliefert werden sollte, kann eine ganze Produktionsstätte in der Schweiz zum Erliegen bringen. Das macht die Planbarkeit schwieriger. Liefergenauigkeit ist aber ein wichtiger Wettbewerbsvorteil («Swissness») der international tätigen KMU.

Die steigenden bzw. volatilen Energiepreise beschweren viele Unternehmensergebnisse – Ertragsprobleme können wahrscheinlich werden. Die MEM-Branche etwa sieht sich hier einer grossen Belastungsprobe gegenüber. Eine 1:1-Abwälzung auf den Konsumenten ist aber nicht immer die Lösung. Wichtig ist die vorausschauende Planung. Wenn man als Beispiel die Firma Christ Guss nimmt, die Gussteile aus Aluminium und Bronze produziert: Wenn sie 40 Pumpgehäuse zu 150 Kilogramm produzieren soll – dies bei einem Materialpreis von Euro 13 pro Kilo –, muss die Firma damit Euro 78 000 für den Auftrag an Liquidität vorausschicken. Wenn man extreme Schwankungen in diesen Preisen hat, ist es schwieriger, entsprechend zu reagieren. 2021 lag dieser Preis bei Euro 7.60 – jetzt liegt er bei Euro 13. Innert eines Jahres hat man also eine Preisschwankung von 70 %. Das Austarieren dieser Schwankungen ist eine Herausforderung. Der Preis wird zudem auf die Bestellung fixiert – auch wenn die Auslieferung vier Monate später erfolgt. Das dritte Thema ist der Fachkräftemangel, der über alle Qualifikationen hinweg besteht

### Folie 32

Die KMU haben dank ihrer hohen Innovationskraft, aber auch ihrer Flexibilität Wege gefunden, um mit den Krisen umzugehen. Mit ihren agilen Strategien und auch mit einer pragmatischen Vorgehensweise gelingt es, sich trotz aller Widrigkeiten zu behaupten. – Diversifikation (Punkt 1 der Folie) heisst: Abhängigkeiten reduzieren. Es geht dabei etwa um Absatzmärkte oder Kundensegmente. Das Ziel ist es, Klumpenrisiken zu vermeiden. Die Firma Benninger Guss etwa hat bereits vor der Corona-Krise begonnen, die Beschaffungskanäle zu diversifizieren, also über verschiedene Märkte und Lieferanten einzukaufen. Das hat just in der Krise geholfen, die Liefertreue als Wettbewerbsvorteil voll auszuspielen.

Der zweite Punkt ist die Regionalisierung: Viele Firmen fangen wieder an, Lagerbestände auch in der Schweiz aufzubauen. Das ist eine Abkehr von der «just in time»-Philosophie. Dies schafft eine gewisse Kontrolle über die Wertschöpfungskette. Viele Unternehmen holen zudem Beschaffung und/oder Produktion wieder näher an die Schweiz (Europa, Türkei, Südafrika) zurück. Diese Massnahmen sollen Stabilität und Sicherheit, aber auch Kosteneffizienz realisieren. Last but not least darf man immer wieder staunen, wie innovativ die KMU sind. Das betrifft nicht nur Geschäftsmodelle, sondern auch z.B. die Vertriebskanäle (E-Commerce). Für ein KMU bedingt dies aber Ressourcen finanzieller und personeller Natur.

### Folie 33

Die Schweizerischen Rheinhäfen (SRH) haben in den vergangenen Monaten eine extreme Nachfrage im privaten Konsum gespürt. Eigentlich sind die Auftragsbücher, aus der Exportwirtschaft kommend, gut gefüllt. Das System hätte also mit Hochdruck laufen sollen. Es gibt aber auch heute noch immer wieder Schliessungen von chinesischen Häfen. Diese Unterbrüche haben die eng getakteten Systeme aus dem Gleichgewicht gebracht. Schwierig ist auch die Situation im deutschen Bahnnetz. Auch der Personalmangel – auch in der Binnenschifffahrt – verstärkt die Unplanbarkeit. Das ETS-System («expected time of arrival/departure») konnte darum nicht mehr genau arbeiten. Es ist natürlich herausfordernd, wenn man nicht weiss, wo die Fracht wann ankommt. Auch die Hafenwirtschaft hat in der Folge mehr Ressourcen aufgebaut. Man konstatiert aber auch hier gestiegene Lagerbestände. Die SRH unterstützen eine verbesserte Schnittstellenkoordination von den Seehäfen zu den Binnenhäfen sowie zum sogenannten Hinterland.

Ein zweites Thema sind die Energieträger, die heute noch den grössten Teil der Güter ausmachen (u.a. Mineralöl). Was aber kommt als danach? Das Thema tritt durch die Ukraine Krise noch mehr in den Vordergrund. Wie kann man diversifizieren und Abhängigkeiten reduzieren? Was ist die Rolle der SRH in diesem System? Man sieht viele Investitionen in grüne Energien. Eine Antwort ist: Es wird irgendwann globale Lieferketten für die grünen Energien brauchen. Die Häfen können hier eine Rolle in der Produktion, Speicherung und vor allem Verteilung einnehmen. Die SRH sind aktiv an einer entsprechenden Diversifizierung und der Suche nach

der eigenen Rolle als «grüner Hafen». – Man versucht, die Leute mit innovativen und neuen Berufsmodellen zu gewinnen.

### Folie 34

Thema Nummer 1 sind die Rahmenbedingungen. Die EU-Länder und namentlich Deutschland bleiben die wichtigsten Handelspartner der Schweiz. – Viele Firmen befürchten aufgrund der Engpässe bei den fossilen Brennstoffen aus dem Osten, dass weitere Preisdiskussionen stattfinden, aber auch ein Mangel eintreten könnte. Viele Produktionsstätten brauchen aber ein hohes Mass an Energie. In einer Mangellage ist keine nachhaltige Produktion mehr möglich. Auch hier wird mehr Planbarkeit angestrebt oder gewünscht. – Die Klima-Diskussionen sind auch ein Treiber, dass die CH-Unternehmen sich auf eine wirtschaftliche Nachhaltigkeit hin orientieren. – Die Sicherung des Fachkräftebedarfs muss auch über das Ausland erfolgen können. – Last but not least könnte der bürokratische Aufwand durch die Digitalisierung gedämpft werden. Wenn man sieht, wie viele Ressourcen es hier braucht, ist die Forderung nach einem Abbau der Bürokratie sicher gerechtfertigt. [Aplaus]

### Fragen/Diskussion

Die achtjährige Tochter von **Lisa Stalder** hat überlegt, Astronautin zu werden, aber dann befunden, die Ausbildung dauere zu lange. Wie lange dauert es, um Kapitänin zu werden?

Die Ausbildung dauert drei Jahre, sagt **Martina Gmür**, dies aber verbunden mit praktischen Einsätzen. Neu gibt es auch modulare Ausbildungen, die sich an Quereinsteiger richtet. Sie können auch begleitend erfolgen.

In der Corona-Zeit, so weiss **Andreas Bammat-ter** (BL) aus Gesprächen mit Unternehmern, sei alles sehr direkt und schnell gegangen. Die Bürokratie wurde heruntergefahren. Generell wird aber immer von Überregulierung gesprochen («von der Wiege bis zur Bahre schreibt der Schweizer Formulare»). Die Frage an die Politik, die Wissenschaft, aber auch an die Referentin: Wo kann man diesen Abbau an Bürokratie konkret vollziehen? Es gibt ja immer eine Begründung, warum ein Papier nötig ist oder ein Weg beschritten werden muss. Bei den Start-Ups gibt es Leute, die sich der Förderung dieser Firmen verschrieben haben und ihnen damit einfache

Rahmenbedingungen verschaffen. Im KMU-Bereich muss man aber auch eine gewisse Flexibilität erreichen.

**Martina Gmür** will mit einem ganz einfachen Beispiel anfangen: Die Menge der Formulare sollte reduziert werden. Ein Unternehmen muss nicht fünfmal im Jahr die gleichen unzähligen Fragen beantworten. Häufig reicht z.B. für eine Zulassung ein kurz gehaltenes Dokument. Und: Braucht es die Beantwortung aller Fragen für eine vollständige Klärung eines Sachverhalts? Als Beispiel kann man die Mehrwertsteuer oder die Entsendungen nehmen. Man müsste die Fragen durchgehen und sich überlegen, wofür man sie braucht und ob sie für den Erfolg der Firma notwendig sind. Oft geht es mehr um statistische Erhebungen. Da müsste man ansetzen – und schauen, was dann passiert. Es dürfte aber nicht sehr viel passieren.

**Ursula Wyss Thanei** (BL) möchte sich den «grünen Hafen» gern vorstellen und bittet um eine genauere Darstellung.

In einem Pilotprojekt ist man bereits an der Arbeit, um ein solches Öko-System zu testen, sagt **Martina Gmür**. Es geht darum, grüne Energie in den Hafen zu transportieren, sie dort zu speichern und wieder verwendbar zu machen – oder weiter zu verteilen. Im Hafen kann sie für die eigene Produktion und Energieversorgung genutzt werden – oder eben via Logistik in der Schweiz verteilt werden. Der Hafen ist die Plattform für die Energie, die importiert, gespeichert und verteilt wird. Es gibt also verschiedene Möglichkeiten, wie grüne Energien in den Häfen genutzt werden können. Die Vision ist ein eigenes autonomes System im Hafen. Es wäre schön, wenn es in diese Richtung gehen könnte. Natürlich gibt es auch viele Widerstände («not in my backyard»). Persönlich glaubt die Rednerin an diese Zukunft. Die SRH wollen aktiv und signifikant dazu beitragen.

\*\*\*\*\*

**Ludwig Hasler**, Philosoph und Publizist:  
Was die Krise mit uns macht

**Ludwig Hasler** dankt für die Gelegenheit, vor kantonalen Parlamentarierinnen und Parlamentariern sprechen zu können. Die Menschen leben in der Schweiz in Kantonen, nicht im Bund. Darum ist es wichtig, dass die Kantone in ihren

Obliegenheiten – Bildung, Gesundheit etc. – klug gestaltet werden. Für diese Arbeit soll auch gedankt werden. Der Redner ist zwar ein Luzerner, der in Zürich lebt. Aber es gibt ja einen Nachahmungseffekt unter den Kantonen.

Was müssen – so die Frage – demokratische Gesellschaften aus den neuen Unsicherheiten in der Welt lernen? Es sei zunächst eine andere Frage voraus geschickt: Was *können* demokratische Gesellschaften lernen? Anders gesagt: Sind wir in unserer momentanen Verfassung lernfähig? Es besteht etwas der Eindruck, es gehe der CH-Sippe ähnlich wie den Steinböcken. In Pontresina sind sie quasi schon domestiziert und gröbere Hausgeissen zum Täscheln geworden. Als die natürlichen Feinde – der Bär und der Wolf – eine Zeitlang nicht mehr vorbeikamen, haben sie das unwirtliche Gelände des felsigen Gebirges verlassen. Sie dachten, weiter unten sehe die Landschaft viel reizender aus – es habe dort saftige Wiesen. Sie sind also von den Bergen heruntergestiegen, um zu grasen – und sie haben sich benommen wie liebliche Rehe. Damit haben sie aber ihr Klettertraining vernachlässigt. Soweit ist das ja eine hübsche Geschichte – die Übertragung auf die eigene Situation sei den Anwesenden überlassen.

Wenn die Umstände wieder rauer werden, also wieder Bären oder Wölfe vorbeikommen, sind die Steinböcke eine probate Beute. Sie sind nämlich immer noch Steinböcke – und damit als Rehe zu langsam. Zugleich haben sie ihre Kletterfähigkeiten vernachlässigt. So sieht der Redner die Schweiz. Vor Corona grassierte eine Mentalität, wonach nur der eine oder andere Feinschliff nötig sei (Vaterschaftsurlaub, Gender-Klarheit etc.) – dann, so der Gedanke, sei man oben am Berg angekommen. Dann sei man quasi – Francis Fukuyama lässt grüssen – am Ende der Geschichte angelangt. Man dachte, der Wohlstand sei gesichert, die Gesundheit garantiert, das Schicksal abgeschafft. Dann kam die Seuche. Sie machte klar, dass der Wohlstand nie gesichert und die Gesundheit nie garantiert sind – und das Schicksal überhaupt nicht abgeschafft ist. Es kommt bloss aus einer anderen Richtung, die man nicht im Blick hatte (weil es dazu keine Prävention gab). Man musste also plötzlich wahrnehmen, dass man nicht auf dem Berg, sondern am Berg ist. Was muss man am Berg können? Klettern.

Darum stellt sich die Frage, wieweit wir überhaupt lernfähig sind. Der Redner zieht schon lange durch die Gegend und nimmt neugierig vieles wahr als Zeichen einer Mentalität. Rein

logisch gibt es die Befindlichkeit, dass es uns super geht. Auch wenn man die Schilderungen von Martina Gmür gehört hat – es geht uns immer noch sensationell gut. Ja, es gibt viele tolle KMU. Aber man denkt: Weil es uns so gut geht, will man alles ausser einer Veränderung. Das ist logisch. Man kann niemanden prügeln dafür. Das Problem ist bloss: Implizit sagt man damit, man wolle eigentlich keine Zukunft – sondern eine Art Fristerstreckung für die Gegenwart. Diese Fristerstreckung ist ein völlig logisches Begehren, weil die Gegenwart so schön ist. Aber es ist natürlich töricht. Weil dies ja heissen würde, dass man den Status Quo sanktioniert. Man weiss aber, wie es mit jedem Status Quo absehbar geht. Der Lack blättert ab. Man wird links und rechts überholt (was ja bereits fleissig passiert ist).

Man muss also in sich gehen und just mit dieser multiplen Dauer-Krise überlegen, ob man selber krisenfest ist – und ob man selber keine Krise hat. Es ist kurios: Jetzt, wo sich die Krisen aneinander reihen, sind sie auch wunderbare Projektionsflächen. Man ist ja nicht schuld! Es ist die Seuche, es ist Putin etc. Man sieht sich selber als Opfer, das etwas strampelt und sich wehrt. Gleichzeitig sollte man doch überlegen, ob nicht eine Gegenseitigkeit spielt. Ob also nicht bei einem selber das eine oder andere etwas angefault ist. Ob unsere Lebensweise stimmt. Es spielt keine Rolle, ob die Seuche aus dem Labor kommt oder nicht. Selbstverständlich ist sie ein Phänomen der Globalisierung. Man kann nicht meinen, es könnten dauernd Milliarden von Menschen um den Planeten ziehen – und es passiere nie etwas Derartiges. Alle diese Krisen haben also direkt mit uns zu tun. Wir sind kein Passivmitglied der Krisen, sondern immer irgendwo auch beteiligt (und sei es nur durch eine rührige Art von Schlaumeierei).

Zurück aber zur Frage: Was können, sollten und müssen demokratische Gesellschaften lernen von diesen Wirren und Unsicherheiten auf der Welt? Drei Aspekte sollen unterschieden werden. Erstens ist es klar, dass man die Architektur der demokratischen Gesellschaft genau anschauen und überdenken muss – um zu schauen, wo es undichte oder gar faule Stellen gibt. Dann muss man eine Art Sicherheitspolitik auf allen möglichen Terrains einleiten. Man mag da an die Verteidigungspolitik denken – oder an die Wirtschaftspolitik (Martina Gmür hat die wesentlichen Dinge gesagt). Es geht im Kern darum, dass man Anhängigkeiten verringert; ohne dass man plötzlich mutterseelenalleine auf dem Glo-

bus herumsteht. «Abhängigkeiten verringern» kann nur heissen, Allianzen entweder erneuern oder ernsthafter knüpfen. Dass die Schweiz alleine funktionieren kann, ist doch etwas waghalsig gedacht.

Es geht auch um die Energiepolitik, die aktuell im Zentrum steht. Man könnte auch fragen, warum man sie nicht längst schon vorangetrieben hat. 20 Jahre lang gab es einen Larifari-Modus. Man musste nichts tun, es ging ja. Die Energiewende, die der Redner von Anfang an rabiat befürwortet hat – ohne selbstgenügsam zu denken, es gebe jetzt dieses Programm, sodass man sich zur Ruhe setzen kann, weil bis 2050 alles in Ordnung ist. An diesen Fahrplan hat der Redner nie geglaubt – und siehe da: Es geht auch nicht. Bei Bohrungen in St. Gallen musste bloss einmal die Erde beben und die braven Leute aus dem Schlaf wecken – seither ist die Erdwärme praktisch vergessen. Weil also nichts Neues erfunden wurde, geht man immer noch von den alten Plänen aus.

Das gehört zu dieser Mentalität, die hier kritisiert wird: Es ist eine Art Selbstzufriedenheit, eine Art Selbstgenügsamkeit. Es heisst: «Energiewende – wir machen es ja!» Beziehungsweise: Wir lassen es machen. Das hat auch einen Zusammenhang mit den Fachkräften, der Bildung und deren Akademisierung. In Klammern: Es konnte noch nie beobachtet werden, dass Absolventen der Kunsthochschule eine Ahnung von Luftpumpen haben oder sie herstellen könnten. Es braucht Leute, die das machen. Es gibt aber zu wenig Leute, die das machen können. Im Kopf ist das relativ schnell erdacht. Nachher muss es gemacht werden. Da hat man aber grosszügig 20 Jahre verplumpert. Jetzt kommt dieser Druck. Man hat aber nicht plötzlich zehnmal mehr Fachleute mit Hand und Fuss. Punkt 1 betrifft also die Rahmenbedingungen einer demokratischen Gesellschaft.

Man darf aber nicht vergessen, dass Erneuerungen einen Preis haben. Es ist einfach zu sagen, man müsse eben den Film der Globalisierung etwas retour laufen lassen. Seltene Erden gibt es aber keine im Napfgebiet. Oder man sagte aus Bequemlichkeit, man finde sie nur fernab der Schweiz. Man könnte sich ja – apropos Selbstständigkeit und Unabhängigkeit – auf die Suche machen.

Diese Begriffe sind aber etwas zur Floskel geworden, die keine Bodenhaftung mehr haben in den wirtschaftlichen Weltbeziehungen, die man pflegt. Logisch muss die Globalisierung etwas retour laufen. Das lässt sich einfach sagen. Ab-

gesehen davon, dass die Globalisierung weitgehend eine «Chinaisierung» ist und uns in heillose Abhängigkeiten bringt, von denen man sich gar nicht abnabeln kann: Wenn man das rückwärts laufen lässt, muss man wissen, dass es teurer wird. Man hat die Globalisierung ja vorwärts getrieben, damit alles billiger wird. Die Globalisierung war wahnsinnig praktisch, weil man die Energie halb-gratis aus dem Osten und die Billigware aus China erhalten hat. Wenn man das ernst meint, muss man sehen, dass man überall dranhängt. Der Retour-Gang bedeutet, dass das Leben härter, strenger und vielleicht sogar kälter wird – und sicher teurer.

Es gibt aber eine Mentalität, die für all dies vom Staat abgegolten werden will. Der Staat soll dafür sorgen, dass man entschädigt wird für die Mehrkosten. Das ist alles sehr heikel und hat immer auch mit uns zu tun. Etwas Anderes kommt hinzu: Man kann natürlich das Gehäuse unserer demokratischen Gesellschaft immer robuster und dichter machen. Das sagt aber nicht viel aus, wie man innerhalb des Gehäuses funktioniert.

Die Anwesenden haben sich sicher schon Gedanken gemacht über die merkwürdige Dialektik zwischen Sicherheitsmassnahmen und Verhalten der Menschen. Diesen Sommer sind im Alpstein auffällig viele Menschen zu Tode gestürzt. Ja, man kann dort zu Tode stürzen, wenn man nicht aufpasst. Es wurde dann sofort gefragt, warum es nicht überall Abschränkungen und Fangnetze gibt. Die zuständige Person hat dann gesagt: Das gibt es ja – bloss stürzen die Leute immer dort ab, wo es noch keine Netze gibt. Er hat zudem eine amüsante Geschichte erzählt. Man habe begonnen, solche Häge zu montieren – um dann festzustellen, dass ganze Familien darauf sitzen und ihr Picknick essen (und hinunterrollen).

Mit anderen Worten: Man kann äusserlich immer mehr Sicherheitsmassnahmen aufrichten – das Verhalten passt sich aber an. Auf einer Piste mit Helmzwang stellte der Redner fest, dass er sich quasi in einen Krieger verwandelt, der sich umso rücksichtloser talabwärts stürzt. So geht es immer. Es gibt auch Hunderte Beispiele aus der Gesundheitsprävention. Und dann gibt es diesen Hygienefimmel – bald leidet das ganze Volk deswegen unter Allergien. Das ist logisch. Mit dem Hygienefimmel wird das Immunsystem eigentlich brachgelegt. Das Immunsystem ist nur stark, wenn es trainiert ist. Es ist wie ein Muskel. Wenn dieser nicht trainiert wird, erlahmt er. Wenn das Immunsystem nicht Dreck abbe-

kommt, erlahmt es. Mit anderen Worten: Man kann an der Fassade, am Gerüst, an der Architektur immer mehr auf Sicherheit setzen. Das besagt aber nicht, wie die Mentalitäten im Innern spielen.

Das ist das Hauptthema – was ist mit dem Hausgeist der demokratischen Gesellschaft los? Es kann auch in anderen Diskussionen festgestellt werden, dass er immer zu kurz kommt. Die Kantonsparlamente haben ja sicher oft die Gelegenheit, sich mit den Schulen zu befassen. Es gibt ja eine Schulreform nach der andern. Man hat aber das Gefühl, es sei früher nicht viel schlechter gewesen. Warum? Man kann an der Fassade der Schule herumschrauben, wie man will. Wenn die Seele der Lehrerinnen und Lehrer drinnen nicht mitzieht, kann man das alles vergessen.

Genau so ist die Situation generell zu sehen. Was kann man aus den Gefährnissen der Welt lernen? Es wird immer nur über Massnahmen geredet. Es soll aber hier noch über den demokratischen *Spirit* geredet werden. Ist er lebendig? Ist er wach? Da kann man sich nicht gänzlich sicher sein. Es ist festzustellen, dass man sich daran gewöhnt hat, dass der alte helvetische Reflex bzw. der republikanische Bürgergeist – «wir helfen uns selber» – schwindet. Man gewöhnt sich daran, die Probleme zu delegieren – an den Staat, an die Wirtschaft, an die Technik. Die Energiewende ist schön und gut, es funktioniert bloss nicht (oder noch nicht). Es gibt aber auch die Biodiversitäts- und die Klimaprobleme. Man spürt aber an vielen Versammlungen, dass auch intelligente Leute sagen, die Technik werde dies lösen. Man hat ja tatsächlich eine Motte gefunden, die Plastik frisst! Das ist sehr praktisch. Und bauen kann man demnächst mit Pilzen. Wenn der Bau dann nicht mehr genehm ist, kommen vielleicht die Steinböcke und fressen ihn weg. Es soll kein Scherz gemacht werden – es ist unendlich wichtig, was im Bau passiert mit den neuen Baustoffen. Sogar die Zementindustrie bewegt sich – sagenhaft.

Es gibt aber die Tendenz, dass man sagt: Der Staat übernimmt, der Staat macht. Mit der Seuche hat sich dies noch verstärkt. Man hat einen Versorgungsstaat. Das führt in ganz merkwürdige Mentalitäten. Eine Schlagzeile in der Sonntagspresse lautete: «Es gibt in der Schweiz immer mehr Esskrankheiten – was gedenkt der Bund zu tun?» Das Individuum ist also nicht mehr zuständig für das Quantum des Essens. Das wird als normal angesehen.

So wird auch in der Krise verfahren: «Der Staat solls machen.» Als hätte das alles mit unserem Lebensstil nichts zu tun. Man kann ja durchspielen, wie die Vertreter der Regierungen, der Wissenschaft und die Klimajugend sich an der kommenden Klimakonferenz einigen. Der Planet wäre gerettet – die schönste Botschaft seit Jahrzehnten. Was aber würde dann passieren? Die Menschen würden einige Tage jubeln, dann aber merken, dass es sie betrifft. Das Übel kann nicht einfach eliminiert werden; überall hängen die Menschen dran. Wenn man selber nichts unternimmt, passiert auch nichts. Das heisst: Man hängt mit dem täglichen Schnitzel, dem Kleiderberg, dem Teneriffa-Wochenendflug daran. Es ist ein Traum zu meinen, man könne die Krisenhaftigkeit beheben, ohne dass man irgendetwas am Lebensstil ändert. Zum demokratischen *Spirit* gehört es eben auch, dass man als Bürger sagt: «Diese Krise ist mein Job.» In der Schweiz gibt es die schöne alte Tradition, dass man sich selber hilft (Milizsystem etc.). Es hilft kein Fürst und auch kein Gott. Man muss sich selber helfen. Diese Mentalität sollte stärker gemacht werden. Es ist klar, dass man als Einzelner nicht am langen Hebel sitzt. Man muss aber kapieren, dass auch die grossen Hebel nicht funktionieren, wenn man als Einzelner nichts macht. Wir weigern uns aber, diesen Link zu machen.

Ins Positive gewendet: Vor einigen Jahren hielt der Redner an einem Abfallkongress das Schlussreferat. Bei der Vorbereitung erkannte der Redner, dass er als Durchschnittsschweizer pro Tag zwei Kilo Abfall produziert. Man wirft zudem Unmengen an feinsten Esswaren weg. Es ist eine Schande – aber es passiert nichts (fast nichts). Im Zwiegespräch mit sich selber hat sich der Redner gesagt: «Nicht mit mir!». Die Freunde reagieren mit der Aussage, dass dies super sei, aber die Welt nicht rette. Die Antwort war dann: «Ja, aber ich rette mich und meine Selbstachtung – den Stolz, ein Mensch zu sein, der nicht bloss der Erfüllungsideot der Verpackungsindustrie ist.» Es geht um nicht weniger als Würde und Selbstachtung – es geht darum, Mensch zu sein und nicht ein Rädchen in einem Betrieb, dem man nicht angehören will.

Mit diesem Stolz fängt der republikanisch-demokratische Geist an. Man macht das, wovon man träumt, dass möglichst alle es machen. Man handelt anstelle von allen anderen (das ist Kants kategorischer Imperativ). Diese Würde geht auch nicht verloren, wenn sie einen Preis zahlen muss.

Wenn man sich dem Punkt annähert, an dem man sagt: «Es kommt auf mich an – ich bin nicht bloss ein Konsument, sondern ein Mensch», kommt man zum innersten Gehalt des demokratischen Geistes. Wenn dieser nicht funktioniert, wird man es nicht schaffen, den Kopf über Wasser zu halten. *[Applaus]*

#### Fragen/Diskussion

**Lisa Stalder** will die Formulierung des «Erfüllungsideoten der Verpackungsindustrie» mitnehmen. – Es wurde gesagt, es gehe um die eigene Person. Jeder müsse willig sein, seinen Beitrag zu leisten. Diese Woche konnte man nun aber hören, dass vier von zehn Personen das Gefühl haben, sie hätten nicht genug Zugang zu Informationen bzw. sie holen sie über die sozialen Medien. Ist das eine Gefahr, vielleicht weniger für die Architektur der Demokratie, aber für deren Gehalt?

Das stimmt natürlich, sagt **Ludwig Hasler**. Es ist ein Problem mit der sogenannten Kommunikation. Direkte Demokratie heisst ja, dass das Volk in allen wesentlichen Fragen das letzte Wort hat. Wenn das gut gehen soll, sollte es auch Worte und nicht nur *Bildli* haben. Es sollte Begriffe haben. Verstand hat es ja sowieso. Es sollte aber auch den Durchblick haben – aber nicht nur im Hinblick auf das eigene Interesse, sondern auch für das Gemeinsame. Es gehört zum Stolz und zur Würde, dass man in diesem Status an das Gemeinsame denkt. Das ist holprig geworden. Als Verwaltungsrat der CH Media kann der Redner jetzt ein Konzept dazu entwickeln und vorstellen – es ist aber ein sehr schwieriges Unterfangen.

**Peter Brodbeck** (BL) spricht von einer eindrücklichen Schilderung. Die Frage lautet nun: Was kann die Politik, welche das Gerüst bauen muss, tun, damit der *Spirit* gefördert wird?

Dazu ist **Ludwig Hasler** gar nicht gekommen. Er müsste aber auch zu den Tätigkeitswörtern kommen. Es gibt Zweierlei zu sagen: Es wird speziell auf die Politik geschaut. Sie hat etwas Idolisches (mit Vor- und Nachteilen). Wenn die Politik also selber diesen Geist vorlebt, kann dies Schule machen. Alles, was mit Stil und Haltung und Würde zu tun hat, kann Schule machen. Das ist nicht vergebens. Zweitens: Man muss heute – auch wenn es unendlich schwierig ist – den Humus für den *Spirit* bestellen. Wo

passiert das? In den Schulen, in der Bildung. Das Verständnis von Lernen ist teils sehr eng. Die Schüler müssen aber einen Stand gewinnen und eine Haltung einüben können. Der Redner predigt seit Jahrzehnten, dass jeden Tag eine Stunde geturnt oder gespielt werden muss – zusammen und einzeln. Bildung kommt vom lateinischen «formatio» – diese Formung geht doch nicht über das kognitive Lernen.

Der Redner ist in einer armen und bildungsfernen Grossfamilie aufgewachsen. Mit acht Jahren wurde zum Chef des familiären Kartoffelackers. Das war die wichtigste Bildung. Das hat eine bestimmte Haltung herausgefordert. Der Redner wusste sofort, dass es auf ihn ankommt – und dass es um Lebensmittel für die ganze Familie geht. Das ruft die Dinge hervor, die wichtig sind für das Leben: Aufmerksamkeit, Verantwortung, Verlässlichkeit. Das sind Primärtugenden. Das sind keine Soft Skills, sondern die Hardware eines formierten Menschen. Es wird in der Bildung sehr viel Hors-Sol-Zeug gelehrt. Das hat nichts mit der Formung des ganzen Menschen zu tun. Der Mensch ist zuerst einmal Leib und Seele und Herz und Hand und Fuss. Wenn das nicht in Schwung kommt und man nicht merkt, wie schön es ist, sich beim Fussballspielen mannschaftsdienlich einzusetzen, fehlt etwas. Der Redner kam mit 17 Jahren nach Magglingen und wurde Zehnkämpfer. Mit 20 Jahren war er Solosänger. Das hat mit Intelligenz alles nichts zu tun. Es hat ihn aber geformt – die Intelligenz kam dann von selber (das ist auch keine Hexerei). Wenn man mehr Bedacht auf solche Dinge legen würde! Es ist der Humus des republikanischen Geistes.

**Andreas Fischer** (AG) hat eine Frage nach dem Wie. Die inspirierenden Gedanken und gescheiterten Überlegungen waren sehr schön. Sehr viel wird heute an die Bildung delegiert. Man sagt, die Schule müsse dies machen und die Kinder formen – damit sie gute Bürgerinnen und Bürger werden. Damit verpasst man aber etwas (es wurde angetönt): Die Kinder kommen heim und beobachten die Eltern – und sie merken sehr schnell, was sie in der Schule gelernt haben und was ihnen in der Erwachsenenwelt vorgelebt wird. Man darf sich also nicht alleine auf die Schulen verlassen. Man muss die Ideale auch vorleben. Wo muss man ansetzen, damit dies bei den Erwachsenen wieder geht? Es kommt schnell der Vorwurf, man verbiete zu viel und setze die Planken zu eng. Als Politiker muss man aber sagen: «Wenn ihr das nicht selber

macht, muss man eben Zwang anwenden.» Wie kommt man dahin, dass die Selbstverantwortung spielt?

Ein anderer Pflanzplatz für diesen Geist ist natürlich das Bauen, sagt **Ludwig Hasler**. Wir müssen dringend lernen, wieder miteinander zu leben. Am Nachmittag steht der Besuch des Bernaparks an. Das hat etwas Inspirierendes. Wenn man anders aufwächst, mit andern zusammen in einer durchmischten Bauerei, ist das ganz toll (auch wenn der Redner selber mit seiner Frau in einem Jugendstilhaus lebt). In Winterthur gibt es die Giesserei. Da leben alle drei Generationen zusammen. Es wird gearbeitet, es wird gelernt. Es wird gewohnt. Es wird gefestet. Wenn der Redner durch die Schweiz fährt, schaut er gerne hinaus – und alles sagt ihm: «Wir wollen kein Dorf sein und nichts miteinander zu tun haben.» Im Alter kommt aber die Wahrheit dieser Separation ans Licht: Sie heisst Vereinsamung (man kann auch zu zweit einsam sein). Es gibt aber auch die geistige Vereinsamung.

Als Hinweis: Man muss alles daran setzen, dass die Jungen beim Aufwachsen quasi subkutan ganz andere Erfahrungen machen. So wie man heute baut, ist es schöner als auch schon, aber doch wahnsinnig glatt und öde und gesichtslos. An solchen Orten ist man nicht zu Hause. Alles ist proper und abweisend. Vor Corona hat man wie globalisierte Edelnomaden gelebt. Dabei ist man doch erdassig. Das Problem ist also, dass der Ort, wo man wohnt und ist, als Basislager empfunden wird. In Zollikon lebt der Redner umgeben von Leuten, die es mit ihren Häusern *sauschön* haben. Diese Leute gehen aber jedes Wochenende weg – und in den Ferien sowieso. Ist das Leben hier denn so miserabel?

Vielleicht sind die Leute zu zweit einsam, wirft **Lisa Stalder** ein.

Der Geist der Demokratie, so fährt **Ludwig Hasler** fort, sagt: «Wir gestalten unser Leben.» Wenn dieser Geist leben soll, braucht er einen Humus. Man muss es schaffen, dass man überall das Gefühl bekommt, man gestalte etwas mit, das grösser ist als das eigene Ego. Wenn man das als Leitgedanken für das Wohnen, Bauen und Arbeiten anwenden könnte – *puuh!*

\*\*\*\*\*



## Input von **Hans-Ulrich Müller** zum Bernapark

**Hans-Ulrich Müller** fühlt sich von den Äusserungen von Ludwig Hasler stark angesprochen – solche Gedanken treiben auch den Redner an. Sie sind die Hebel für das, was man im Bernapark machen will. Der Redner freut sich über das grosse Interesse am Bernapark.

Vor 12 Jahren wurde die Kartonfabrik Deisswil geschlossen. Von einem Tag auf den anderen wurden 251 Leute entlassen – ohne Sozialplan. Der Redner hat dies aus den Medien erfahren – und wollte es nicht akzeptieren, dass die Besitzer während der Betriebsferien alle Leute entlassen. Er sagte einem Verwaltungsrat, er müsse etwas übernehmen. Die Antwort war: «Man kann nichts machen – auch Du kannst nichts machen.» Das war der Moment für den Redner, um etwas zu machen. Die Leute hatten einen guten Lohn und waren Weltklasse in der Herstellung von Karton. Diese Kompetenz wollte aber niemand mehr. Etwas Neues gab man ihnen aber nicht zum Lernen. Der Redner hat dann die Aktien gekauft. Die Leute wurden alle wieder angestellt – ohne zu wissen, ob es einen Job für sie gibt (die Produktion von Karton war rechtlich nicht mehr zulässig). Das war eine heftige Situation. Der Redner musste an die Grenze des Menschenmöglichen gehen.

Die neue Geschäftsleitung wurde zum Götti oder zur Gotte, den Leuten wurde gesagt, sie würden zu Gesprächen eingeladen. Sie sollten überlegen, was ihnen Spass macht im Leben. Und: Was könnt ihr gut? Womit wollt ihr euer Leben verdienen? Darauf basierend sollte überlegt werden, wie die Leute umgeschult werden konnten. Die erste Zielsetzung war es, für alle eine Perspektive und eine berufliche Zukunft zu finden. Der Gemeindepräsident Lorenz Hess ging extra nach Österreich, um mit den früheren Besitzern zu sprechen. Es gab Hunderte von Gesprächen und etliche Sitzungen, bis man für alle eine Zukunft hatte. Das dauerte zweieinhalb Jahr; es war sehr intensiv.

Danach kam die Idee für ein Quartier auf, das ein modernes Zusammenleben ermöglicht. Dazu wurden vom Redner nicht Zahlen, sondern Gefühle notiert. Der Bernapark ist eine absolut emotionale Geschichte; die Niederungen der *hard facts* interessierten ihn gar nicht. Sondern: Wie bekommt man für die Leute ein Zuhause hin, wo sie sich wohl fühlen; einen Ort, wo man arbeiten und wohnen und auch die Freizeit verbringen kann? Daraus entstand in zweieinhalb

Jahren ein Masterplan. Glücklicherweise wurde alles abgelehnt – weil die Dinge dadurch besser wurden.

Eine Lehre war: Es geht immer wieder ein Türchen auf. Die Denkmalpflege hat alles abgelehnt. In der Schweiz kann man aber miteinander reden. Am Schluss findet man zusammen eine gute Lösung. Im 2023 wird es eine Volksabstimmung geben, um die noch bestehende Gewerbe- und Industrie in eine Gewerbe- und Wohnzone umzuwandeln. Bereits heute hat man im Bernapark viel mehr erreicht, als man je erträumt hat. *[Ein kurzer Film, der eingespielt wird, zeigt, was am Nachmittag vor Ort zu sehen sein wird.]* Der Bernapark ist ein Labor. Man kann dort nichts falsch machen – man soll Dinge ausprobieren und am Puls sein, etwa beim Start-Up-Center. Die Dinge wollen immer neu überlegt sein. *[Applaus]*

**Walter Schilt** sagt, die Musik, die am Morgen gespielt hat, sei ein Humus für die Tagung gewesen. Danke für die spannenden Referate.

\*\*\*\*\*

## Information zur Änderung der IPK-Vereinbarung (Jura-Beitritt)/Schlusswort des Präsidenten

Das erklärte Ziel der IPK ist es gemäss **Walter Schilt**, für die Mitgliedskantone einen Mehrwert zu generieren. Man soll voneinander lernen. Ludwig Hasler hat gefragt, ob man noch lernfähig sei – die Antwort können alle selber geben. Es ist zu hoffen, dass diese Lernfähigkeit gegeben ist. Nächstes Jahr soll wieder eine Tagung organisiert werden – am 27. Oktober 2023. Gute Ideen und Verbesserungsvorschläge sind willkommen.

Das Beitritts-gesuch des Kantons Jura hat viel Zeit in Anspruch genommen. Ein Ausschuss der IPK hat es bearbeitet. Es muss ja alles seine Form haben. Die Vereinbarung wurde also erneuert. Dabei stand es ausser Diskussion, dass der Kanton Jura zur Nordwestschweiz gehört. Die revidierte Vereinbarung konnte den Parlamenten zugestellt werden; einige haben schon zugestimmt, andere werden im November darüber befinden. Es ist zu hoffen, dass die Zustimmung einstimmig erfolgt und die IPK ab 2023 zusammen mit dem Kanton Jura arbeiten kann.

Der Präsident spricht allen, die in irgendeiner Form an dieser Tagung mitgearbeitet haben,

einen kräftigen Dank aus. *[Die Referentinnen und Referenten erhalten ein Präsent, überreicht von Grossrätin Karin Fisli.]*

\*\*\*\*\*

Stehimbiss im Foyer des Casinos

\*\*\*\*\*

Transfer nach Deisswil und Besichtigung des Bernaparks

**Hans-Ulrich Müller** führt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Besichtigung durch das grosse Areal der früheren Kartonfabrik und zeigt die verschiedenen Nutzungen, die bereits verwirklicht werden konnten (Wohnungen, Geschäftsräume für Start-ups, Restaurants, Fitness-Studios, Kunstgalerie) oder noch verwirklicht werden sollen.